

G e m e i n d e r a t s a u s s c h u s s
Petitionen und BürgerInneninitiativen

P R O T O K O L L

**zur Sitzung am Mittwoch, dem 20. Juni 2018, um 16:15 Uhr
MA 21 - Servicestelle Stadtentwicklung, 1. Stock, Multimediaraum 121, 1010 Wien
Rathaus 14-16**

Vorsitz: GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Jennifer Kickert

Gewählte Teilnehmer: GRⁱⁿ Mag.^a Nina Abrahamczik
GR Stefan Berger
GR Nemanja Damnjanovic, BA
GR Michael Eischer
GRⁱⁿ Mag.^a Bettina Emmerling, MSc
GR Manfred Hofbauer, MAS
GR Christian Hursky
GRⁱⁿ Mag.^a Birgit Jischa
GR Mag. Rüdiger Maresch
GR Dr. Gerhard Schmid
GR Mag. Marcus Schober
GRⁱⁿ Sabine Schwarz
GR Wolfgang Seidl
GR Mag. Gerhard Spitzer
GR Mag. Josef Taucher
GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA
GR Ernst Holzmann

Sonstige Teilnehmer: Richard Bernato, B.A.
Georg Kehrer
Mag. Leopold Bubak
Mag.^a Susanne Brandstetter
Christian Kren, Bakk. phil.
Mag.^a Meri Disoski

Entschuldigt: VBgm.ⁱⁿ Mag.^a Maria Vassilakou
GRⁱⁿ Silvia Rubik

Protokollführung: Maria Klein

Berichterstatter: GR Christian Hursky

Post Nr. 1

AZ 60331-2018-GSK; MA 65

Elterninitiative für den Erhalt der Mehrstufenklassen in Wien mit zwei PädagogInnen

Befragung des Einbringlers

Antrag GR Christian Hursky:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky auszusprechen, alle möglichen Maßnahmen für den Erhalt der Mehrstufenklassen mit Teamteaching zu setzen und sich für die Absicherung der dafür notwendigen Finanzierung seitens des Bundes auch über das Schuljahr 2018/2019 hinaus einzusetzen.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky auszusprechen, er möge in Zusammenarbeit mit dem Bildungsdirektor eine Erhebung durchführen, welche Schulen Mehrstufenklassen betreiben möchten und auch für das entsprechende Personal sorgen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Christian Hursky:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass auf Wiener Landesebene alles politisch und rechtlich Mögliche für den Erhalt der Mehrstufenklassen mit Teamteaching getan wird.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Gerhard Spitzer

Post Nr. 2

AZ 91123-2018-GSK; MA 65

Donaucanale für alle - Bürgerinitiative Donaukanal für eine ordnungsgemäße, partizipative Gestaltung des Donaukanals

Befragung des Einbringlers

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die Kurie Wien der DHK aussprechen, bei der Auswahl der BewerberInnen darauf zu achten, dass deren Konzepte zur Nutzung der Bestandsflächen die Nutzung der konsumfreien Freiräume nicht einschränkt und somit die hohe Lebens- und Nutzungsqualität am Donaukanal erhalten bleibt.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima und an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürgerbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, im Zuge der weiteren Verfahren für alle zu nutzenden Flächen die BürgerInnen und die Bezirke bestmöglich einzubinden.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Bettina Emmerling, MSc:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die Kurie Wien, als Teil der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz, im Rahmen der laufenden Ausschreibung für mehr Transparenz zu sorgen. Dies umfasst insbesondere die Transparenz hinsichtlich eines zeitlichen Fahrplans des Vergabeprozesses, hinsichtlich der Vergabekriterien und Beurteilung der Bewerbungen und hinsichtlich der Zusammenarbeit der Jurymitglieder.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den Stellungnahmen überwiegend eine Unterstützung der Petitionsforderungen zu entnehmen ist, auf die Einhaltung des Masterplans Donaukanal geachtet wird und im Zuge der weiteren Verfahrensschritte sowohl die Bezirke als auch BürgerInnen bestmöglich eingebunden werden sollen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Dr. Gerhard Schmid

Post Nr. 3

AZ 708951-2017-GSK; MA 65

HAUS BEER IN GEFAHR – Petition zur Rettung des Hauptwerks von Josef Frank

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Mag.^a Veronica Kaup-Hasler auszusprechen, Gespräche über eine mögliche öffentliche Nutzung des Hauses Beer mit dem Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien sowie privater Beteiligter aufzunehmen.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Mag.^a Veronica Kaup-Hasler auszusprechen, zunächst einmal die finanzielle Eigenleistung

der Stadt Wien für die öffentliche Nutzbarmachung des Haus Beer zu definieren und in Folge Gespräche mit den zuständigen Dienststellen des Bundes zu initiieren.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Mag.^a Veronica Kaup-Hasler auszusprechen, die Bezirkvorsteherin für den 13. Wiener Gemeindebezirk Mag.^a Silke Kobald laufend zu informieren.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Mag.^a Veronica Kaup-Hasler auszusprechen, die maßgebliche Unterstützung der Stadt Wien an das Bundeskanzleramt zur Realisierung des Projektes, gemäß Schreiben vom Bundeskanzleramt vom 16. Mai 2018, zu prüfen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den Stellungnahmen eine Unterstützung der Petitionsforderungen zu entnehmen ist und geeignete Grundlagen für Gespräche über eine öffentliche Nutzung des Hauses Beer vorliegen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Marcus Schober

Post Nr. 4

AZ 344996-2018-GSK; MA 65

„Unsere Kinder - Unsere Entscheidung!“

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Bildungsdirektors für Wien Mag. Heinrich Himmer einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Landeselternverbandes Wien einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des LandesschülerInnenvertretung Wien einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des LandeslehrerInnenvertretung Wien einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des zuständigen Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition die Einbringerin Frau Barbara Hochetlinger zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Birgit Jischa

Post Nr. 5

AZ 898682-2017-GSK; MA 65

"Für temporäre autofreie Zonen vor Schulen"

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Bildungsdirektors für Wien Mag. Heinrich Himmer einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Landespolizeidirektion Wien einzuholen. (Unfallstatistik)

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des Landeselternverbandes Wien einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des LandeslehrerInnenvertretung Wien einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme des LandesschülerInnenvertretung Wien einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition jeweils eine Stellungnahme von allen Bezirksvorstehern und Bezirksvorsteherinnen für die 23 Wiener Gemeindebezirke einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition jeweils eine Stellungnahme von allen Bezirksvertretungen für die 23 Wiener Gemeindebezirke einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition die Einbringerin Frau Hanna Katharina Schwarz zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Rüdiger Maresch

Post Nr. 6

AZ 456733-2018-GSK; MA 65

Nein zum 13A in beide Richtungen durch die Neubaugasse

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Wiener Linien GmbH & Co KG einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Wirtschaftskammer Wien einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition jeweils eine Stellungnahme der Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherinnen folgender Wiener Gemeindebezirke einzuholen: 4., 5., 6., 7., 8. und 10.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition jeweils eine Stellungnahme der Bezirksvertretung folgender Wiener Gemeindebezirke einzuholen: 4., 5., 6., 7., 8. und 10.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition den Einbringer Herrn Karl Hintermayer zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Dr. Gerhard Schmid

Post Nr. 7

AZ 363040-2018-GSK; MA 65

„Beibehaltung der Benotungsfreiheit für Volksschulen“

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, dass die gegenständliche Petition nicht die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LBGI. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 erfüllt.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Birgit Jischa

Post Nr. 8

AZ 376165-2018-GSK; MA 65

„RETTET UBER! FREIE FAHRT FÜR ALLE“

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, dass die gegenständliche Petition nicht die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LBGI. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 erfüllt.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Mag.^a Nina Abrahamczik

Post Nr. 9

AZ 387790-2018-GSK; MA 65

Gegen die Eröffnung des Laufhauses in der Nähe unseres Kindergartens

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, dass die gegenständliche Petition nicht die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LBGI. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 erfüllt.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Marcus Schober

Post Nr. 10

AZ 469039-2018-GSK; MA 65

Neugestaltung der Kriegerdenkmäler auf Wiener Gemeindegebiet

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, dass die gegenständliche Petition nicht die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LBGI. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 erfüllt.

(einstimmig angenommen)

Allfälliges:

Die Vorsitzende gibt bekannt, welche Petition nach Ablauf der Jahresfrist keine ausreichende Anzahl von Unterstützungen erhalten hat und bei der daher gemäß gemäß § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014, die Unterstützungsmöglichkeit beendet wurde:

- Begrünung des Rote Erde Platzes 1050 Wien
- 30er Zone am Volkertplatz

Die amtsführende Stadträtin



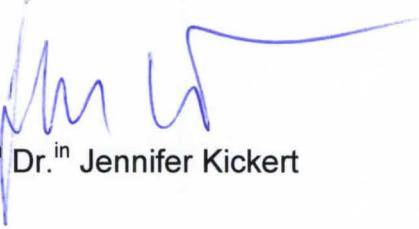
Mag.^a Maria Vassilakou

Die Protokollführerin



Maria Klein

Die Vorsitzende


GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Jennifer Kickert